

Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht des Regierungspräsidenten

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Staatsverwaltungsbericht vom Jahr ... / Kanton Bern**

Band (Jahr): - (1875)

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-416194>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

im

Jahre 1875.



Bericht des Regierungspräsidenten.

Volksentscheide.

Es wurden vom Volke angenommen:

1) am 28. Hornung:

- a. der Voranschlag für den Staatshaushalt des Kantons in der Periode von 1875 bis 1878 mit 38,683 gegen 23,327 Stimmen;
- b. der Großrathsbeschluß über die Betheiligung des Staates am Bau neuer Eisenbahnen vom 3. Christmonat 1874 mit 37,316 gegen 24,122 Stimmen;

2) am 23. Mai:

- a. das Bundesgesetz über Civilstand und Ehe mit 33,905 gegen 21,794 Stimmen;
- b. das Bundesgesetz über die politische Stimmberechtigung mit 29,805 gegen 24,317 Stimmen;

3) am 18. Heumonat:

- a. das Gesetz über die Hypothekarkasse mit 20,765 gegen 9531 Stimmen;
- b. der Großrathsbeschluß über ein Anleihen zur Vermehrung der Betriebskapitalien der Kantonalbank und der Hypothekarkasse und zur Leistung eines Vorschusses an das Unternehmen der Juragewässer-Korrektion mit 18,594 gegen 10,298 Stimmen;
- c. das Gesetz über die Lehrerbildungsanstalten mit 15,570 gegen 13,005 Stimmen;

4) am 31. Weinmonat:

- a. das Gesetz über Störung des religiösen Friedens mit 36,071 gegen 17,934 Stimmen;
- b. das Gesetz über Erhöhung der Primarlehrer-Besoldungen mit 31,230 gegen 21,632 Stimmen.

Vertretung in den eidgenössischen Räten.

Bei der am 31. Weinmonat vorgenommenen Gesamt-erneuerung des schweizerischen Nationalraths wurden in denselben gewählt:

im 5. eidg. Wahlkreis (Oberland): die G. Reg.-Präs. Wilh. Teuscher, Reg.-Rath Joh. Ritschard, Inselverwalter Jak. Scherz, Fürsprecher Karl Zyro in Thun und Bahndirektor Friedr. Seiler in Interlaken;

im 6. eidg. Wahlkreis (Mittelland): die G. Reg.-Rath Rud. Rohr, Fürsprecher Rud. Brunner in Bern, Gutsbesitzer Friedrich v. Werdt in Toffen und Oberst Otto v. Büren in Bern;

im 7. eidg. Wahlkreis (Emmenthal): die G. Fürsprecher Karl Karrer in Sumiswald, Handelsmann Gottl. Nien in

Kiesen, Handelsmann Gottfr. Joost in Langnau und Bundesrath Karl Schenk (an dessen Stelle später Hr. Fürsprecher Friedr. Bühlmann in Höchstetten);

im 8. eidg. Wahlkreis (Ob- u. Nid. Aargau): die H. Fürsprecher Joh. Bützberger in Langenthal, Handelsmann Albert Born in Herzogenbuchsee, Handelsmann Alexander Bucher in Burgdorf, Obergerichtspräsident Rud. Leuenberger;

im 9. eidg. Wahlkreis (Seeland): die H. Bankpräsident Jak. Stämpfli in Bern, Jurabahndirektor Ed. Marti in Biel und Obergerichtspräsident Friedr. Egli;

im 10. eidg. Wahlkreis (Jura): die H. Jurabahndirektor Pierre Solissaint in Biel, Fabrikant Niklaus Kaiser in Greltingen, Banquier August Kläbe in Münster, Obergerichtspräsident Paul Migy und Grundsteuerdirektor Hippolyte Paulet in Bruntrut.

Zu Ständeräthen für das Jahr 1875 wählte der Große Rath die H. Reg.-Rath Bodenheimer und Gotthardbahndirektor Weber in Luzern.

Großer Rath.

Präsident bis Ende des Mai Hr. Fürsprecher Karl Zyro in Thun, von da an Hr. Fürsprecher Karl Karrer in Sumiswald.

Der Große Rath hielt im Jahre 1875 fünf Sessionen mit zusammen 20 Sitzungstagen und behandelte folgende wichtigere Geschäfte:

Gesetz über die Hypothekarkasse, 2. Berathung;

Gesetz über Erhöhung der Primarlehrer-Besoldungen;

Bericht des Regierungsraths über den Stand des Kirchenkonflikts im katholischen Jura und die in Folge desselben bei den Bundesbehörden anhängig gemachten Rekurse;

Besoldungsdekrete;

Ankauf eines Landkomplexes auf dem Großen Moose zur Verlegung der Strafanstalt in Bern;

Gesetz über die Lehrerbildungsanstalten, 2. Berathung;

Aufnahme eines Staatsanlehens zur Vermehrung der Betriebskapitalien der Kantonalbank und der Hypothekarkasse und zur Leistung eines Vorschusses an die Jura-gewässerkorrektur;

- Empfehlung der zur Volksabstimmung kommenden Bundesgesetze über Civilstand und Ehe und über das Stimmrecht ;
Gesetz über Störung des religiösen Friedens ;
Refurs an die Bundesversammlung gegen den Entscheid des Bundesraths vom 31. Mai in Sachen der Externirung einer Anzahl jurassischer Geistlicher ;
Dekret über die Binnenkorrektion im Seeland ;
Dekret über die Trennung einiger Kirchgemeinden in mehrere politische Versammlungen ;
Dekret über die Ausführung des Gesetzes über die Hypothekarkasse ;
Genehmigung der Stiftungsurkunde für das bernische Kunstmuseum ;
Subvention an die Einwohnergemeinde Bern für den Loskauf der Bundesfigleistungen ;
Vollziehungsdekret zum Bundesgesetz über Civilstand und Ehe ;
Bau eines physikalischen Instituts mit meteorologischem und tellurischem Observatorium auf der Großen Schanze ;
Dekret über die Besoldung der reformirten Geistlichkeit ;
Bericht über die Finanzlage der Bern-Luzernbahn.

Regierungsrath.

Regierungspräsident bis zu Ende des Mai Hr. RR. Bodenheimer, von Anfang Brachmonats an Hr. RR. Teuscher.

Im Jahre 1875 hielt der Regierungsrath 152 Sitzungen und behandelte in denselben 7248 Geschäfte. Im Manual und Missivenbuch füllen diese Verhandlungen zusammen 2141 Seiten, ohne die Registratur.

Im Jahre	1870	wurden	behandelt	3164	Geschäfte.
"	"	1871	"	"	3519
"	"	1872	"	"	3922
"	"	1873	"	"	4081
"	"	1874	"	"	4540
"	"	1875	"	"	7248

Die Zahl der Geschäfte im Jahre 1870 verhält sich daher zu derjenigen im Jahre 1875 wie 100 zu 229.

Staatskanzlei.

Einnahmen Fr. 32,569 (gegen Fr. 26,013 im Jahre 1874), Ausgaben Fr. 100,390 (gegen Fr. 69,665 im Jahre 1874). Die Vermehrung der Ausgaben rührt her zum Theil von der Erhöhung der Besoldungen, zum Theil und ganz besonders von den Druckkosten für die neun Vorlagen, welche am 28. Hornung, 23. Mai, 18. Heumonath und 31. Weinmonath zur Volksabstimmung kamen.

Amtsblattverwaltung. Zahl der Abonnenten auf das deutsche Amtsblatt (ohne die Behörden und Beamteten) 1206 (im Vorjahr 1141). Ungefähr die Hälfte hat auch auf das Tagblatt der Großrathsverhandlungen abonniert.

Reineinnahmen beider Amtsblätter zusammen

Fr. 43,673. 40

Reinausgaben „ 32,784. 50

Reinertrag Fr. 10,888. 90

oder Fr. 388. 90 mehr als veranschlagt war.

Bei der Erneuerung des Druckvertrags mit dem Herausgeber des französischen Amtsblattes, Hrn. Boéchat in Delsberg, mußte der von demselben zu bezahlende Pachtzins von Fr. 4000 auf Fr. 3500 herabgesetzt werden. Dagegen wurde dem Herausgeber die Verpflichtung auferlegt, gemäß dem zweiten Anhang zum Kanzleireglement vom 28. Weinmonath 1874 (siehe Gesetzsammlung) gewisse im deutschen Amtsblatte erscheinende Publikationen unentgeltlich in's französische aufzunehmen.

Die Papierhandlung lieferte im Berichtjahre für den Betrag von Fr. 82,598. 35 Papier an die Behörden und Beamteten. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf Fr. 952. 65, der Reingewinn auf Fr. 7201. 70, Fr. 4501. 70 mehr als budgetirt.

Postulate.

Der Staatsverwaltungsbericht für das Jahr 1874 wurde vom Großen Rath am 23. Wintermonat 1875 berathen und in Betreff des Präsidialberichtes kein Postulat gestellt. Die in Betreff einzelner Direktionen gestellten Postulate werden in den Spezialberichten dieser Direktionen zur Besprechung kommen.

Bern, im Januar 1876.

Der Regierungspräsident
Teuscher.